



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Hans Bösenberg
Oberst a.D.

Oberländer Hafen 11, 05. März 2014
28199 Bremen
Tel.: 0421-69899793
Fax: 032223774007
E-Mail: hans.boesenberg@t-online.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum „Gesprächskreis Sicherheitspolitik“ lade ich Sie herzlich ein:



Johann-Georg Dora

Generalleutnant a.D.

ehem. Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr

Gestern Kalter Krieg, heute Afghanistan, morgen Schwarzafrika
Perspektiven deutscher und europäischer Sicherheitspolitik

Donnerstag, 03. April 2014, 19:00 Uhr
Haus Schütting (Zimmer 1), Markt 13, 28195 Bremen

Mit freundlichen Grüßen

Anmeldung erbeten bis 31.03.2014 (E-Mail, Fax oder Telefon)

Der Referent

Johann-Georg Dora trat 1967 mit neunzehn Jahren als Offizieranwärter Fliegerischer Dienst in die Bundeswehr ein. Nach der Ausbildung zum Strahlflugzeugführer in den USA und Deutschland war er bis 1980 Einsatzpilot in Oldenburg, wo sich auch heute wieder sein Lebensmittelpunkt befindet.

Nach der Generalstabsausbildung wechselten nationale und internationale Stabsverwendungen mit Truppen- und Lehrverwendungen ab. Er war u.a. Staffelkapitän in Oldenburg, Gruppenkommandeur in Jever und Luftkriegslehrer und Tutor in der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie in Hamburg.

1995 führte er sein Geschwader in den ersten scharfen Nachkriegseinsatz der Luftwaffe auf dem Balkan.

1997 trat er mit 49 Jahren die erste Generalsverwendung als Chef des Stabes in Köln-Wahn an, um anschließend Kommandeur der Offizierschule der Luftwaffe zu werden. Während des Kosovokrieges im Frühjahr 1999 führte er das deutsche Einsatzkontingent.

Als Generalmajor wurde er ab Herbst 2000 für drei Jahre zum Kommandeur der NATO AWACS Truppe bei SACEUR im belgischen Mons bestellt. In diese Zeit fielen u.a. in der Folge vom 11. September Artikel 5 - Einsätze in den USA und Bündniseinsätze in der Türkei während des zweiten Golfkrieges.

2003 wechselte er wieder in den nationalen Bereich, um für eineinhalb Jahre das Amt des Stellvertretenden Kommandeurs des Einsatzführungskommandos in Potsdam zu übernehmen, eines Kommandos verantwortlich für alle Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Im Frühjahr 2005 schließlich wurde er zum Stellvertreter des Generalinspektors ernannt, eine Tätigkeit an der Nahtstelle zur Politik, die er fast sechs Jahre ausfüllte, bis er im Herbst 2010 mit einem Großen Zapfenstreich in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Während seiner Dienstzeit ist er mehr als 33 Jahre aktiv geflogen und hat mehr als 3400 Flugstunden auf den Mustern T-37, T-38, Fiat G-91, Tornado und Boeing 707 erreicht.

Nach wie vor beschäftigt er sich intensiv mit sicherheitspolitischen Themenstellungen.

Seit zwei Jahren ist er Teilhaber eines kanadischen Wirtschaftsberatungsunternehmens mit Schwerpunkten in Europa und Asien.

Er ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder und vier Enkelkinder.

Zum Thema

Der Terminus „Neue aktive Außen- und Sicherheitspolitik“ rückte auf der „Münchener Sicherheitskonferenz“ Anfang Februar 2014 in den Fokus des Interesses, wurde intensiv diskutiert und als Richtungswechsel interpretiert.

Wie neu ist diese Politik und beinhaltet sie tatsächlich, wie in den Medien häufig behauptet, einen „Paradigmenwechsel“ oder gar eine „Zeitenwende“? Etwa vergleichbar mit den Ereignissen der Jahre 1989/90?

Ein Blick in die Zeitgeschichte ist aufschlussreich. Ich zitiere zwei Interpreten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, aus Dokumenten der Jahre 1992 und 2014:

Zitate 1992:

„Militärische Macht kann so gesehen allein Konflikte nicht lösen, sie kann sie aber verhindern helfen, sie eindämmen oder sie einer friedlichen Lösung zuführen. (...) Politisch entscheidend in der entstehenden multipolaren Welt dürfte wirtschaftliche Macht in Verbindung mit der Fähigkeit zu Information und Kommunikation sein. (...) ...fehlen zur Zeit Ordnungsmechanismen, die über die aus der Staatenwelt des 19. Jahrhunderts geborenen Denkansätze hinausgehen ebenso wie die politische Vision eines universalen, aber erreichbaren Zieles. (...) In diesem westlichen Europa kann und muss unser Land eine gestaltende Rolle spielen. (...) Deutschland ist damit ein ganz normaler Staat Europas geworden und hat vor allem Handlungsfreiheit gewonnen. (...) [Streitkräfte] tragen somit dazu bei, dass unser Staat (...) seine politisch definierten Sicherheitsinteressen wahren kann und damit politik- und bündnisfähig bleibt. (...) Niemand redet einer Beseitigung der Konfliktursachen mit militärischen Mitteln das Wort. (...) Einsatz von Streitkräften kann immer nur die ultima ratio der Politik sein.“

Zitate 2014:

„...Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. (...) ...entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen zu erhalten und zu formen. (...) Als äußerstes Mittel ist dann der Einsatz von Militär möglich, und zwar nach sorgfältiger Prüfung und Folgenabwägung sowie Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. (...) Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Gestaltungskraft hinzu. Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut. In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame europäische Verteidigung wachsen.“

Zitiert wird zum ersten aus der Rede des damaligen Generalinspektors der Bundeswehr, General Klaus Nauman, gehalten auf der 33. Kommandeuretagung der Bundeswehr in Leipzig am 12. Mai 1992, titulierte als „Standortbestimmung“ und bekannt geworden als „Signal von Leipzig“. Die Inhalte waren bestimmend für die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom November 1992. Zitiert wird zum zweiten aus der Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 01. Februar 2014.

Die Übereinstimmungen oder Ähnlichkeiten der Aussagen sind unübersehbar. Zentrales Thema ist in beiden Fällen Deutschlands Rolle in der Weltordnung. Die inhärenten Kernaussagen lassen sich subsumieren unter den Begriffen „Erweiterte Sicherheitspolitik“, „Gestalten“, „Verantwortung“, „Interessen“, „Prävention“, „Globalisierung“, „Internationale Ordnung“, „Ultima Ratio“, und „Europa“. 22 Jahre deutscher Sicherheitspolitik haben offensichtlich wenig an den grundsätzlichen konzeptionellen Zielen geändert.

Der derzeitige „Richtungswechsel“ formuliert eher Kurskorrekturen, die allerdings keineswegs unerheblich sind. Risiken haben sich verändert (9/11, Failing States, Cyber War,

Ressourcenknappheit, Klimawandel, Verschiebungen von Machtkonstellationen, Rückkehr klassischer Nationenkonflikte). Erfahrungen in humanitären Interventionen sind hinzu gekommen, haben Fehleinschätzungen offenbart und Ernüchterung bewirkt, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeiten des State Building. Das Prinzip der Schutzverantwortung fand international Akzeptanz. Zutreffend ist auch, dass die Umsetzung der konzeptionellen Ziele von 1992 halbherzig erfolgte, Zeit wurde verschwendet und die „Erweiterte Sicherheitspolitik“ wurde unzureichend realisiert, so dass Nachsteuerung notwendig ist.

Dem „Signal von Leipzig“ folgt das „Signal von München“, letzteres jedoch nicht Ausdruck einer „Zeitenwende“. „Leipzig“ stand 1992 für einen konzeptionellen Umbruch und ein neues Selbstverständnis, für eine grundsätzliche Kehrtwende. „München“ steht im Jahre 2014 primär für die Aufforderung zum aktiveren Führen und Handeln, konkretisierten Prämissen folgend („früher, entschiedener und substanzieller“). Die „Kultur der Zurückhaltung“ wird dabei nicht aufgegeben, aber neu interpretiert. Nicht „Abseitsstehen“, sondern Engagement unter Einbringen des vollen Spektrums politischer Einflussnahme, ist gefragt. Militärische Mittel stehen nicht im Vordergrund.

Wie weit fallen deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik auseinander? Sie haben sich unter dem Schirm der EU mehr und mehr angenähert. Werte und grundsätzliche Interessen differieren wenig. Als globaler Akteur kann sich keine Einzelnation positionieren, sondern nur ein vereintes Europa. Risiken können nur gemeinsam eingegrenzt werden. Nationale Souveränitätsrechte wurden an die EU abgetreten, richtiger, in ihr gebündelt. Dies gilt durchaus auch für die Außen- und Sicherheitspolitik, wenn auch weniger als für andere Politikfelder. Deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik sind zwar nicht deckungsgleich, aber engstens verzahnt. Interessenausgleich unter 28 Nationen ist und bleibt komplex und schwierig. Noch immer ist die Außen- und Sicherheitspolitik eine intergouvernementale Aufgabe, aber der Ruf nach weiterer Vergemeinschaftung ist keineswegs verstummt, auch nicht der nach dem Langzeitziel einer europäischen Armee.

Explizit stand die europäische Außen- und Sicherheitspolitik im Zentrum des EU-Gipfeltreffens im Dezember 2013. In den „Schlussfolgerungen des Europäischen Rates“ wurde ohne Widerspruch zu nationalen Zielen bilanziert:

„Als Reaktion auf diese Herausforderungen müssen die Union und ihre Mitgliedsstaaten mehr Verantwortung übernehmen.“ Dieser Passus unterstreicht die Übereinstimmung mit den zuvor zitierten nationalen deutschen Grundsätzen. Konkretisiert wird die Verantwortung mit Hinweis auf die einzigartigen Kompetenzen der EU: „Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten können im internationalen Kontext ihre einzigartige Fähigkeit einbringen, verschiedene politische Maßnahmen und Instrumente – die sich vom Bereich der Diplomatie über Sicherheit und Verteidigung bis hin zu Finanzen, Handel, Entwicklung und Justiz erstrecken – in kohärenter Weise zu kombinieren.“

In diesen Tagen offenbart die Entwicklung in der Ukraine erneut die Unberechenbarkeit und Vielfalt von Krisenszenarien. Klassische Machtpolitik dominiert urplötzlich das Geschehen. Es zeigt sich erneut, dass in der Sicherheitspolitik Überraschungen die Normalität und Konstante sind. Ad hoc-Antworten sind selten von nachhaltigem Erfolg. Es bedarf langfristiger und umfassender Strategien, der Auswertung historischer Erfahrungen, um den Eventualitäten entgrenzter Risiken zu begegnen und gestaltend Verantwortung zu übernehmen. Zu hinterfragen ist: Vermitteln die Signale von Leipzig und München die richtigen Anstöße? Oder sind für das 21. Jahrhundert andere Denkansätze zu prüfen?

Das Thema des Vortrags schlägt den zeitgeschichtlichen Bogen von der Zeit des Kalten Krieges über den Umbruch 1990 bis zu den aktuellen Herausforderungen deutscher und europäischer Sicherheitspolitik. Generalleutnant a.D. Johann-Georg Dora war als Entscheider, Umsetzer und Beobachter an der Entwicklung beteiligt. Er ist prädestiniert, mit uns diese Thematik zu diskutieren.